

Dokumentation

HANNIS JÜRGEN KÜSTERS UND HANS PETER MENSING

KONRAD ADENAUER ZUR POLITISCHEN LAGE 1946–1949

Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln
Franz Rudolf v. Weiss

Private Beziehungen bedeutender Politiker verdienen um so größere Aufmerksamkeit, je schwieriger es ist, die Auswirkungen ihrer dienstlichen von den ganz persönlichen Kontakten zu unterscheiden. Bei Konrad Adenauer, der in seinen „Erinnerungen“ nur wenige Verbindungen dieser Art erwähnt¹, wird dieses Umfeld erst durch die Veröffentlichung seiner Nachkriegsbriefe² weiter erhellt. So ist, abgesehen von einigen Hinweisen im ersten Memoirenband und in der Biographie von Paul Weymar³, kaum bekannt, daß der spätere Bundeskanzler mehr als 30 Jahre eine enge familiäre und zugleich politisch wichtige Freundschaft zum schweizerischen Generalkonsul in Köln, Dr. Franz Rudolf von Weiss, unterhielt.

Bemerkungen zur Quelle

Bei den vollständig oder in Auszügen abgedruckten Dokumenten handelt es sich um Berichte des Diplomaten, die er in Abständen von einigen Tagen bis zu zwei Wochen an das für auswärtige Beziehungen zuständige Politische Departement in Bern richtete⁴. Darin informierte er seine Regierung hauptsächlich über die politischen Vorgänge im Konsulatsgebiet Köln, das ab 1945 auch die Regierungsbezirke Aachen, Koblenz, Trier und das Saargebiet umfaßte, aber auch über seine persönlichen Begegnungen

¹ Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, 3. Aufl. Stuttgart 1976, S. 14.

² Vgl. die von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz im Auftrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus herausgegebene Reihe „Adenauer Rhöndorfer Ausgabe“, Briefe 1945–1947, Berlin 1983, und Briefe 1947–1949, Berlin 1984.

³ Vgl. Konrad Adenauer, S. 17, 39, 43, 89, 90f., 101, 123, und Paul Weymars autorisierte Biographie, Konrad Adenauer, München 1955, S. 221 ff.

⁴ Die Berichte befinden sich im Schweizerischen Bundesarchiv (im folgenden abgekürzt: SBA) in Bern. Vgl. Dossier-Akte Schweizerisches Konsulat Köln IV/A Adenauer, Konrad, Dr. h. c., Bundeskanzler, Altbürgermeister der Stadt Köln 1931/1944; Berichte des Konsulats Köln, E 2300 Köln 1920–1950, sowie Berichte der Gesandtschaft Berlin, E 2300 Berlin 1928–1945. Die Berichte umfassen in der Regel 5 bis 10 Schreibmaschinenseiten. In unregelmäßiger Folge sind ihnen im Anhang Dokumente, wie Zeitungsartikel, Redemanuskripte, Aufstellungen oder Abschriften von Wirtschaftsdaten etc., beigelegt.

und Unterredungen mit Vertretern der Besatzungsmächte wie mit deutschen Politikern⁵.

Nur das enge Geflecht von freundschaftlich-persönlichen und politischen Beziehungen erklärt, weshalb Adenauer sich Weiss gegenüber so freimütig äußerte. Die Konsulatsberichte gehören bislang zu den wenigen bekanntgewordenen Aufzeichnungen über Gespräche mit Adenauer⁶, in denen über einen längeren Zeitraum hinweg seine Beurteilungen der Lage in Westdeutschland vor Konstituierung der Bundesrepublik wiedergegeben werden. Auch wenn anzunehmen ist, daß nur die wichtigsten Einschätzungen in die zusammenfassenden Darstellungen eingeflossen sind, so verdeutlichen sie doch die politischen Absichten und den Werdegang des siebzigjährigen CDU-Vorsitzenden der britischen Zone. Dies gilt um so mehr, als Weiss auch über die hier dokumentierten Adenauer-Kontakte hinaus mit großer Regelmäßigkeit das Interesse der vorgesetzten Stellen auf die Aktivitäten des späteren Bundeskanzlers lenkte. So stellen die Konsulatsberichte eine ungewöhnlich vollständige Materialsammlung – bisweilen fast ein Itinerar – zum Aufstieg Adenauers dar. Stets unmittelbar nach dem jeweiligen Ereignis aufgezeichnet, halten sie die wesentlichen Karriereschritte fest⁷ und umfassen nahezu alle seine öffentlichen Äußerungen (Reden, Interviews, Pressemitteilungen), die für die Nachkriegsentwicklung relevant sind.

⁵ Zu den regelmäßigen Besuchern bei Konsulats-Empfängen zählten in den Nachkriegsjahren unter anderen Adenauers Nachfolger im Amt des Kölner Oberbürgermeisters, Hermann Pünder, die Bankiers Waldemar von Oppenheim und Robert Pferdmenges, die Universitätsrektoren und Kulturpolitiker Josef Kroll und Heinrich Konen, die nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen und Karl Arnold, führende Vertreter der britischen Militärregierung (Regional Commissioner William Asbury), nicht zuletzt auch Repräsentanten der Kirchen, so der evangelische Superintendent Hans Encke und Josef Kardinal Frings, der in seinen Erinnerungen, Für die Menschen bestellt, Köln 1973, S. 20, 36, 225 f., Weiss als „aufrichtigen Freund“ bezeichnet. Vgl. zum Kreis der Kontaktpersonen die Anlage zum Bericht vom 28. 5. 1947, in: SBA, E 2300 Köln 11.

⁶ Von Gesprächen Adenauers mit Ausländern zwischen 1945 und 1949 sind lediglich die Aufzeichnungen des damaligen britischen Deutschland-Ministers, Lord Pakenham, im Mai 1948 in Rhöndorf bekannt. Vgl. dazu dessen Autobiographie, Born to Believe, London 1953, S. 194 ff., sowie seinen Aufsatz, Erfahrungen mit Adenauer als Minister für die britische Besatzungszone, in: Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Reppen/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 415 ff. Außerdem das Memorandum des amerikanischen Diplomaten und Politischen Beraters der Militärregierung, Robert Murphy, das dieser im Anschluß an eine Begegnung mit Adenauer am 24. 11. 1948 in Berlin verfaßte, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1948, Vol. II, Washington 1973, S. 443 ff., dazu auch Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 368 f.

⁷ Schon am 25. 1. 1946, also zwei Tage nach Abschluß der CDU-Zonenausschlußtagung vom 22./23. 1. 1946 in Herford und der dort erfolgten (noch vorläufigen) Wahl Adenauers zum Zonenvorsitzenden, hält Weiss fest: „Es kann als sicher gelten, daß diese markanteste politische Persönlichkeit in Westdeutschland vor der Übernahme eines neuen sehr einflußreichen Postens steht.“ Vgl. seinen Bericht an das Politische Departement, S. 5, in: SBA, E 2300 Köln 10.

Zur Beziehung zwischen Adenauer und Franz Rudolf von Weiss

Der Ausgangspunkt der Kontakte lag in den zwanziger Jahren, als der Kölner Oberbürgermeister Adenauer Fühlung zu den Auslandsvertretungen in seiner Stadt suchte⁸ und dabei für die Schweiz eine gewisse Vorliebe zeigte⁹. Dies nicht zuletzt, weil er dort regelmäßig seinen Urlaub verbrachte, wozu er die konsularischen Hilfsdienste in Anspruch nahm¹⁰. Welchen Respekt der schweizerische Konsulsbeamte von Weiss dem Stadtoberhaupt zollte, geht aus seinem Schreiben vom 5. Januar 1926 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin hervor¹¹. Darin urteilt er über den an jenem Tage 50 Jahre alt gewordenen Adenauer:

„Die Jahre seiner Amtführung waren Sturmjahre: Krieg, Revolution, Okkupation, Inflation und Deflation stellen ihn vor ungeheuere Aufgaben. Er zeigte sich ihnen gewachsen. Der Name Adenauer wird mit der Geschichte Kölns, des Rheinlandes, ja Preußens unzertrennlich verbunden bleiben. Die Schwerkraft seines Wirkens liegt hier in Köln, wenn er auch seit Jahren an der Spitze des rheinischen Provinzialausschusses steht und Präsident des preußischen Staatsrates ist. Für Köln hat er Großes geleistet. Vielen Widerständen zum Trotz hat er sich mit seinen großen Plänen der Stadterweiterung, der Grüngürtelanlage, der umfangreichen Umbauten, des Hafens, der Universität usw. durchzusetzen gewußt. Entgegen vielfach ausgesprochenen Befürchtungen hat die bisherige Entwicklung Adenauer Recht gegeben.

Über den Politiker Adenauer zu sprechen, ist hier kein Raum. Als solcher hat er, wie überhaupt jeder Mensch, der nur seinem Gewissen folgt, zahlreiche Feinde. Erst spätere Generationen werden dazu berufen sein, über ihn ein abschließendes Urteil zu fällen. Aber schon jetzt steht fest und wird auch von seinen erbittertsten Widersachern zugestanden: er ist ein Mann von ganz ungewöhnlichem Ausmaß.“

⁸ Über solche Verbindungen berichtet auch Clemens Wildner, 1925–1935 österreichischer Generalkonsul in Köln, Von Wien nach Wien. Erinnerungen eines Diplomaten, Wien/München 1961, S. 109 ff. Vgl. auch Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 35, 489 f.

⁹ „Große Sympathie und Verehrung für die Schweiz“ klingt im zeitgeschichtlichen Rückblick der Nachkriegsbrieife Adenauers häufiger an, so in seinem Schreiben an Max Huber am 24. 9. 1948, in: Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 312, und in der Weiss-Korrespondenz, wo er am 27. 11. 1948 feststellt: „... ich [habe] immer den größten Wert auf nahe Verbindung mit der Schweiz gelegt [...], aus einem inneren Bedürfnis heraus und in Anerkennung der großen internationalen Bedeutung, die die Schweiz im Laufe der letzten 20 Jahre gewonnen hat.“ Ebenda, S. 357.

¹⁰ Am 15. 6. 1931 berichtete Weiss an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin, daß Adenauer mit seiner Familie seit einem Jahrzehnt zum Urlaub nach Chandolin ob Siders komme und durch seine begeisterten Schilderungen von den Schönheiten der Schweiz eine nicht beabsichtigte, aber wirksame Propaganda für den dortigen Fremdenverkehr mache. Noch in den Jahren 1938/39 verbrachte Adenauer einige Sommerwochen in Chandolin. Vgl. dazu das handschriftliche Schreiben Adenauers an Weiss vom 14. 7. 1938 und sein Schreiben vom 12. 10. 1939, alle in: SBA, Konsulat Köln IV-A Adenauer 1931–1944. Vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 491.

¹¹ Bericht Weiss an das Politische Departement, 5. 1. 1926, in: SBA, E2300 Köln 1–4.

Anfang 1950 erinnert der Bundeskanzler Adenauer in einem Schreiben¹² nochmals an die Umstände dieser Freundschaft:

„Lieber Herr v. Weiss!

Mit aufrichtigem Bedauern erfüllt mich die Nachricht, daß Sie vom 1. Januar bis zur Erreichung der Altersgrenze in Urlaub gegangen sind.

30 Jahre lang hat das Schicksal uns zusammengeführt. Wir haben viel Gutes und viel Böses gemeinsam erlebt. Sie haben während der Jahre, die ich in Köln Oberbürgermeister war, Ihr Heimatland, die Schweiz, in so ausgezeichnete Weise in Köln und im Rheinland vertreten, Sie haben dann auch später dem Namen Ihres Heimatlandes während der nationalsozialistischen Zeit, während des Krieges und nach dem Kriege zu solchem Ansehen durch Ihr Wirken verholfen, daß Ihr Name unvergessen in Köln und im Rheinland bleiben wird.

Ich hoffe, daß ich Sie noch sehen werde, ehe Sie Köln verlassen, und daß ich dann Gelegenheit habe, Ihnen auch mündlich das auszusprechen, was mir am Herzen liegt.

Ich bin mit vielen Grüßen und den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen

Ihr sehr ergebener

A

(Adenauer)“

In der Tat war der diplomatische Werdegang und das Wirken von Herrn v. Weiss ungewöhnlich. Der promovierte Jurist trat 1920 als Kanzleisekretär in das Schweizerische Generalkonsulat in Köln ein. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten des auswärtigen Dienstes wurde er nicht nach einigen Jahren versetzt, sondern blieb drei Jahrzehnte in der Domstadt. Sein Aufstieg zog sich entsprechend lange hin: 1928 wurde er Vizekonsul, 1935 Konsul und erst 1943 zum Generalkonsul ernannt¹³. Allerdings beeinträchtigte das keineswegs seine politischen Einflußmöglichkeiten, die er vor allem nach dem Zusammenbruch Deutschlands wahrnahm. In den schwierigen Zeiten des Dritten Reiches und während der Kriegsjahre kamen ihm seine vielfältigen Kontakte zu ehemaligen prominenten Vertretern des Rheinlandes aus Politik, Wirtschaft und Kultur zugute.

Weiss, der schon in den zwanziger Jahren im Hause Adenauer verkehrte, nahm regen Anteil am Schicksal des von den Nationalsozialisten entlassenen Oberbürgermeisters¹⁴. Das im besonderen, als Adenauer und seine Frau Gussie nach dem 20. Juli

¹² Schreiben Adenauer an Weiss, 4.1. 1950, in: Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (im folgenden zitiert: StBKAH) 10. 10.

¹³ Die biographischen Angaben wurden den Verfassern vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten in einem Schreiben vom 19. 1. 1983 mitgeteilt.

¹⁴ Dazu äußerte sich Adenauer in einem Schreiben vom 25. 9. 1946 an Weiss: „Daß es Ihnen in der nationalsozialistischen Zeit möglich war, trotz aller Schwierigkeiten, die Ihnen gemacht wurden, Herr der Situation auch gegenüber den nationalsozialistischen Behörden zu bleiben, ist für all die Gegner des Nationalsozialismus immer eine besondere Freude gewesen.“ Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 333. Korrespondenz mit Adenauer und Hinweise auf ihn finden sich in den Weiss-Berichten nach

1944 von der Gestapo verhaftet und anschließend interniert wurden¹⁵. „Allmählich war er fast wie ein Familienangehöriger geworden“¹⁶, der stets helfend zur Seite stand. Enger waren die Kontakte vor allem durch die örtliche Nähe in Rhöndorf geworden. Nach der Zerstörung des Konsulatsgebäudes während des Großangriffs auf Köln am 29. Juni 1943 führte Weiss dort, unweit des Wohnhauses der Adenauers, bis März 1945 den Konsulatsbetrieb weiter¹⁷.

Im Frühjahr 1945 erlangte die persönliche und familiäre Beziehung zu Adenauer erneut politische Bedeutung. Als Vertreter eines neutralen Landes war Weiss in den letzten Kriegswochen maßgeblich an der Anbahnung amerikanischer Kontakte zu Adenauer vor dessen Wiedereinsetzung als Oberbürgermeister von Köln am 4. Mai 1945 beteiligt¹⁸. Daraus entwickelte sich sehr schnell wieder eine dienstliche Zusammenarbeit zwischen Generalkonsul und Stadtoberhaupt¹⁹, die allerdings nur wenige Monate bis zur abrupten Entlassung Adenauers durch die britische Besatzungsmacht am 6. Oktober 1945 dauerte. Diese Zäsur in Adenauers Vita fand auch ihren Niederschlag im Umgang mit dem Diplomaten: „Ich hatte nunmehr Zeit und Muße, gründlich Zeitungen zu lesen, Rundfunksendungen zu hören und hatte vor allen Dingen auch Zeit, mich ausführlich mit meinem langjährigen Freund, dem schweizerischen Generalkonsul von Weiss, über die Vorgänge in der Welt zu unterhalten.“²⁰

Die Gespräche, oft an Samstagnachmittagen beim Kaffee geführt, waren für beide von Nutzen. Adenauer wurde über die Deutschland betreffenden Entwicklungen im Ausland, vornehmlich in Frankreich, informiert. Darüber hinaus führte ihn Weiss mit einflussreichen Diplomaten und Militärs der Besatzungsmächte zusammen²¹. Der

der Machtergreifung aus den Monaten August 1933, Oktober 1935, März, Juni 1937, Mai, Juni, Juli 1938, Oktober 1939, Dezember 1940 und Dezember 1941. Vgl. SBA, E 2300 Berlin 33–36, 38, 39; Konsulat Köln IV-A Adenauer 1931–1944.

¹⁵ Vgl. dazu die zahlreichen Angaben Adenauers in: Briefe 1945–1947, S. 34, 290 ff., und 1947–1949, S. 208 ff.; ferner Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, S. 492 f.

¹⁶ Vgl. dazu die Darstellung von Paul Weymar, S. 221 ff.

¹⁷ Die Berichte von Weiss aus den Jahren 1944/45 werden voraussichtlich in der vom Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv (Koblenz) vorbereiteten Reihe „Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945“ erscheinen.

¹⁸ Hierzu vgl. Werner Bornheim gen. Schilling, Der rheinische Phönix. Konrad Adenauer 1945 (I) – Erinnerungen eines Weggefährten, in: Die politische Meinung, H. 200 (1982), S. 46, sowie die Angaben in der Artikelserie „Der Mann im grünetarnten Haus. Familie Adenauer zur Stunde Null im März 1945“, in: Kölnische Rundschau vom 13. 4. 1955.

¹⁹ Belege in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 39, 52, 61 und 72.

²⁰ Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 39.

²¹ Bereits im August/September 1945 bemühte sich Weiss um eine beiderseits gewünschte Kontaktaufnahme zwischen Adenauer und dem französischen Oberbefehlshaber in der Rheinprovinz und in Hessen-Nassau, General Billotte, sowie dessen Stellvertreter, Oberst Gouraud. Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 8. 9. 1945, in: SBA, E 2300 Köln 9. Im Juni 1946 fand bei Weiss, „viel ami et informateur du Dr. Adenauer, qui me ménagea l'entrevue“, ein erstes Nachkriegsgespräch zwischen Adenauer und dem französischen Diplomaten Pierre Arnal statt, über das Letzterer ausführlich berichtet hat: Conrad Adenauer sous l'occupation britannique (1945–1947), in: Revue d'Histoire Diplomatique 81 (1967), S. 68–76. Unter den zahlreichen schweizerischen Kontaktpersonen, die Weiss Adenauer nach 1945 zuführte, sind beispielsweise hervorzuheben: Urs Schwarz

Schweizer seinerseits spürte wohl, daß Adenauer zum Kreis der führenden Vertreter der Deutschen in den westlichen Besatzungszonen zu zählen war, über dessen Absichten orientiert zu sein nicht unwichtig für sein Land war. Der politische Aufstieg Adenauers gab dem Generalkonsul in seiner Einschätzung der Person und der Lage in Westdeutschland recht. Für die Regierung in Bern wurde der Kölner Generalkonsul mit zunehmender Verfestigung der Teilung Deutschlands zusehends zu einem wichtigen außenpolitischen Informanten.

Zur Lagebeurteilung Adenauers

Adenauers Einschätzungen der Lage in den Westzonen zwischen 1946 und 1949 sind geprägt von der völligen Machtlosigkeit Deutschlands gegenüber den Siegermächten und dem sich daraus ableitenden Hauptziel seiner Nachkriegspolitik, der Wiedergewinnung eigener, das heißt deutscher Handlungsmöglichkeiten. Seine Ausführungen machen klar, daß er sich über die vollkommen abhängige Lage der Deutschen keinen Illusionen hingab, sondern mit einer pragmatischen Grundeinstellung die Situation zu verbessern suchte. Im wesentlichen waren es fünf Problemkreise, die ihn in den Nachkriegsjahren beschäftigten: Die westliche außenpolitische Orientierung eines im Inneren föderalistisch gestalteten Deutschlands und eine organische Verflechtung mit dem Westen, die Herstellung demokratischer Verhältnisse auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, die Verbesserung der Ernährungslage in den Westzonen, der Stopp der alliierten Demontagepolitik, um einen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen, und, in der späteren Phase 1948/49, die Regelung der Hauptstadtfrage zugunsten Bonn.

Daß Adenauer bereits 1946 sehr konkrete Vorstellungen über den außenpolitischen Kurs Deutschlands entwickelt hatte, ist schon zu Beginn der Adenauer-Forschung von Hans-Peter Schwarz herausgearbeitet worden²². So lassen sich alle wichtigen Elemente der Adenauerschen Konzeption in Reden und Interviews jener Zeit nachweisen²³. Doch werden sie erstmals im Weiss-Bericht vom 10. Juli 1946 (Dokument 1) als außenpolitisches Programm zusammenfassend dargelegt. Es war sicher-

und Carlo Mötteli, Redakteure der „Neuen Zürcher Zeitung“, die für die Deutschland-Berichterstattung ihres Blattes Adenauer im Oktober 1947 in Köln aufsuchten, vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 131, 530.

²² Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 425 ff.

²³ Zu den frühen Dokumenten gehören seine am 6. 3. 1946 über den Nordwestdeutschen Rundfunk gehaltene Rede (Druck: Verlag Balduin Pick, Köln 1945, 4 S.), in: StBKAH 02.02. Seine Rede in der Kölner Universität am 24. 6. 1946 in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, Stuttgart 1975, S. 82–106, seine Ausführungen vor dem Zonenausschuß der CDU für die britische Zone vom 26.–28. 6. 1946 in Neuenkirchen/Kreis Wiedenbrück, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949, hrsg. von der Konrad Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, S. 146–150.

lich auch ein Reflex auf die internen Diskussionen auf deutscher Seite, die Weiss am selben Tage mit den Worten beschrieb: „Mehr und mehr tritt bei den bürgerlichen Politikern, unter denen sich unter Führung von Dr. Adenauer und Dr. Pünder einige wenige außenpolitische Fachleute aus der Stresemann- und Brüning-Zeit befinden, auch der Gedanke in den Vordergrund, daß der Weg zum Friedensvertrag oder doch wenigstens zu einer provisorischen Regelung eines friedensvertraglichen *modus vivendi* über die Schaffung von Bundesländern als völkerrechtsfähigen Staatspersönlichkeiten führt.“²⁴

In diesem Zusammenhang spielte auch der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa eine wichtige Rolle. So wurde diese Frage bereits ein halbes Jahr vor der berühmten Europa-Rede Winston Churchills am 19. September 1946 in Zürich²⁵ „mit wachsendem Eifer in den politischen Kreisen nicht nur des Rheinlandes erörtert. Der erste, der ihn öffentlich in die Debatte warf“, berichtete Weiss am 15. April 1946, „war [...] Dr. Adenauer.“²⁶ Aufschlußreich für die Hintergründe der Churchill-Rede ist vor allem Adenauers Kontakt zu dessen Schwiegersohn Duncan Sandys (Dokumente 2 und 3), der wohl die Haltung führender deutscher Politiker sondieren wollte²⁷. Denn „auch im Urteil der Besatzungsbehörden gilt Adenauer nun als der beste Mann, der für[s] Regieren zur Verfügung steht“²⁸.

Die allgemein unterstützende, in einigen Details aber etwas distanzierende Reaktion Adenauers²⁹ auf die Zürcher Rede war vermutlich auf die anderen Akzente zurückzuführen, die Churchill gesetzt hatte. Während Adenauer einer Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich und ihrer gemeinsamen Führungsrolle als Grundlage für den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa das Wort redete (Dokument 1), konzentrierte sich Churchill – schon in seiner Rede am 14. Juli 1946 in

²⁴ Vgl. einen weiteren Bericht von Weiss an das Politische Departement, 10.7. 1946, S. 2 f., in: SBA, E 2300 Köln 10.

²⁵ Wortlaut der Rede in: Randolph S. Churchill, *The Sinews of Peace. Post-War Speeches by Winston S. Churchill*, London/Toronto/Melbourne/Sydney/Wellington 1948, S. 198 ff. Auszüge in: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1962, S. 113 ff.

²⁶ Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 15.4. 1946, S. 2, in: SBA, E 2300 Köln 10.

²⁷ Die *British Zone Review*, offizielles Organ der Militärregierung, stellte am 6.7. 1946 zu Adenauers Europakonzept fest: „... and he would add that the only possible future for Europe lies in the creation of a United States of Europe, which would include Western Russia and of which a federal Germany should be a member. Only by this means can normal trade relations be restored in Europe. It is evident that this conception of European politics has a bearing on the social and industrial structure of Western Germany. Adenauer thinks that, 'private enterprise' and the rebuilding of peaceful industries, privately owned, which will work for the benefit of Europe, can be achieved only by the investment of foreign capital from Western European countries in Germany.“

²⁸ Vgl. Bericht Weiss an das Politische Departement, 12.6. 1946, S. 4, in: SBA, E 2300 Köln 10.

²⁹ Entsprechende Bewertungen nahm Adenauer in seiner Rede während des nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampfes am 29.9. 1946 in Mülheim/Ruhr vor. Text in: StBKAH 02.02. Vgl. auch Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 13 f.

Metz³⁰ – mehr auf ein Wiedererstarken Frankreichs, das ihm zur Bildung einer kontinentalen Abwehrfront gegen sowjetische Übergriffe auf Westeuropa unverzichtbar schien. Die Eigenständigkeit Großbritanniens und des Commonwealth betonend, schlug er daher nicht einen britisch-französischen Zusammenschluß vor – wie Adenauer es empfohlen hatte –, sondern befürwortete lediglich eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland, wobei er daran dachte, den einzelnen Bundesländern außenpolitische Hoheitsrechte zu übertragen, diese jedoch durch den Verbund der europäischen Staaten einzugrenzen. In dieser Zielsetzung unterschied er sich von den Bestrebungen Adenauers³¹, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben.

Die europäische Zukunftsperspektive in den Weiss-Papieren des Sommers 1946 mutet visionär an, wenn man die in den nachfolgenden Berichten dominierenden Themen deutscher Alltagsnot nach dem Krieg (Ernährungslage, Wirtschaftsmisere, Demontageproblematik) in Rechnung stellt (Dokumente 4, 5, 6, 7 und 8). So standen der internationalen Verständigung als zunächst unüberwindbare Hindernisse entgegen: „das katastrophale Absinken Deutschlands“ (Dokument 4), „Apathie und Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung“ und – daraus abgeleitet – eine zeitweise um sich greifende „nihilistische Stimmung“ und Anfälligkeit gegenüber radikalen Tendenzen (Dokument 5). Damit war zugleich die grundsätzliche Frage nach der Glaubwürdigkeit und der Tragfähigkeit des von den westlichen Besatzungsmächten und zukünftigen Bündnispartnern den Deutschen nahegebrachten bzw. abverlangten Demokratisierungsprozesses aufgeworfen (Dokument 7). Den demokratischen und europäischen Anspruch einzulösen, war in der Sicht Adenauers vordringlich an die Bewältigung akuter Nachkriegsprobleme geknüpft, wie in seiner Korrespondenz dieses Zeitraums mehrfach ausgeführt: „Ich bin überzeugt davon, wenn wir das tiefe Tal, in dem wir uns befinden ..., glücklich überstehen, so wird das deutsche Volk geläutert, aber auch gestärkt aus dieser Prüfung hervorgehen und mit Recht Anwartschaft erheben darauf, in Europa und in der Welt geistig wieder mitsprechen zu können.“³² Deutsche Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, wenn auch noch nicht ausreichend und wirkungsvoll genug, zeichneten sich 1947/48 vornehmlich in der Berichterstattung über die bizonalen Ämter und den Wirtschaftsrat in Frankfurt/Main ab (Dokumente 6 und 7). Hierbei war für Weiss, ohne daß dies im nachfolgenden dokumentarisch belegt werden kann, über den Adenauer-Kontakt hinaus die ebenfalls seit langem gute Beziehung zu Hermann Pünder – nunmehr zum Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes avanciert – von Nutzen³³.

³⁰ Wortlaut der Rede, in der Churchill ein starkes Frankreich als Voraussetzung für die Wiederbelebung Europas herausstellte, in: Randolph S. Churchill, *The Sinews of Peace*, S. 171 ff.

³¹ Vgl. zur Reaktion Adenauers sein Schreiben vom 12. 10. 1946 an Dr. Adolf Sonnenschein, in: *Briefe 1945–1947*, S. 337.

³² Schreiben Adenauers vom 10. 12. 1946 an den 1933 in die Schweiz emigrierten Industriellen Paul Silverberg; vgl. Adenauer, *Briefe 1945–1947*, S. 387.

³³ Dies geht aus mehreren Berichten von Weiss an das Politische Departement hervor, so z. B. aus dem Bericht vom 25. 5. 1948, S. 3 f., in: SBA, E 2300 K8ln 12.

Auf den Parlamentarischen Rat und die dort unter der Präsidentschaft Adenauers geführten Grundgesetzkussionen ging Weiss ab September 1948 nur selten ein (Dokumente 9 und 10). Um so stärker rückte nun die für seinen Adressaten, das Eidgenössische Politische Departement, außenpolitisch relevante, für die zukünftigen deutsch-schweizerischen Beziehungen und deren diplomatische Ausgestaltung ausschlußreiche Hauptstadtfage in den Vordergrund (Dokumente 9, 10 und 11). Dabei gewann Weiss' Nähe zu Adenauer und der daraus resultierende Informationsvorsprung eine besondere Aktualität. Während sich der Präsident nach außen hin diesbezüglich noch Zurückhaltung auferlegte und nur privat vorsichtig für Bonn votierte³⁴, konnte sich Weiss bereits im November 1948 auf „Gespräche mit Mitgliedern des Parlamentarischen Rats“ berufen, aus denen er den Eindruck gewonnen habe, „daß, wenn heute Abstimmung stattfände, für Bonn sogar eine kleine Mehrheit vorhanden wäre“³⁵.

Die Vermutung wurde einen Monat später schon fast zur Gewißheit: „Wie ich von sehr maßgebender Seite soeben höre, erscheint es immer wahrscheinlicher, daß Bonn Sitz des Bundesparlamentes und der Bundesregierung wird.“³⁶ Die Identität des Informanten konnte zu diesem Zeitpunkt kaum noch einem Zweifel unterliegen – sie wurde auch *expressis nominis* enthüllt, als Weiss am 12. Mai 1949 über die zwei Tage zuvor gefällte Entscheidung unterrichtete. Für Adenauer „bedeutet die Wahl einen persönlichen Triumph“ (Dokument 11), und auch Weiss konnte sie für sich selbst als Erfolg verbuchen: Ihm und seinem Gesprächspartner hatte die Entwicklung erneut recht gegeben.

Dokument 1³⁷

Schweizerisches Konsulat

z. Zt. Bad-Godesberg, den 10.7. 1946.

Köln

für die Regierungsbezirke Aachen,

Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet

Hal vW/He

Herr Minister³⁸,

[...]

³⁴ Vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 318, 605; vgl. auch Rudolf Morsey, Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: Rhöndorfer Gespräche Bd. 3, Stuttgart/Zürich 1979, S. 32 f.

³⁵ Bericht Weiss an das Politische Departement, 10. 11. 1948, S. 3, in: SBA, E 2300 Köln 12.

³⁶ Bericht Weiss an das Politische Departement, 14. 12. 1948, S. 4, in: SBA, E 2300 Köln 12.

³⁷ Vgl. SBA, E 2300 Köln 10, hier S. 4–8.

³⁸ Dr. Max Petitpierre (geb. 1899), 1926–1931 und 1938–1944 Professor für internationales Privatrecht an der Universität Neuenburg, Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei, 1942–1944 Mitglied des Ständerats, 1944–1961 im Bundesrat Vorsteher des Politischen Departements, 1950, 1955 und 1960 Bundespräsident.

Vielleicht darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß ich am vergangenen Samstag [6. Juli 1946], wie gewöhnlich am Wochenende, den Besuch des Herrn Dr. Adenauers erhielt, der als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone eine immer wichtigere Rolle spielt. Er steht augenblicklich in hoher Gunst bei den Engländern, die seine großen politischen Erfahrungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu Rate ziehen. Da er gleichzeitig Mitglied des sogenannten Zonenbeirats ist, in welcher Eigenschaft er jeden Augenblick zu Sitzungen nach Hamburg fahren muß, hat er oft Gelegenheit, seine politischen Ansichten über die Zukunft Deutschlands maßgebend vorzubringen. Auf meine Bitte hin skizzierte er mir kürzlich seine Gedankengänge über die Entwicklung der Dinge in Deutschland, die seiner Überzeugung nach allein nicht nur sein Vaterland, sondern auch Europa aus dem drohenden Chaos erretten können. Da diese Gedankengänge, die er mir selbstverständlich als altem Freund rein privatim vorbrachte³⁹, Sie zweifellos interessieren werden, darf ich sie Ihnen nachstehend wiedergeben, umso mehr, als Herr Dr. Adenauer immer größeren Einfluß bei den britischen Besatzungsbehörden gewinnt. Dies geht auch daraus hervor, daß er kürzlich ersucht wurde, sich bereit zu halten, mit einem britischen Flugzeug nach Berlin zu fliegen, um dort mit einem Vertreter der Pariser Konferenz zusammenzutreffen, mit dem er sich zwei volle Tage besprechen soll⁴⁰. Die Gedankengänge des Herrn Dr. Adenauer sind folgende:

1) Sicherheitsanspruch der westlichen Nachbarn Deutschlands wird voll anerkannt. Ebenso wird anerkannt, daß keine vorübergehende Lösung in Frage kommt, sondern nur eine konstruktive Lösung, die Dauer verspricht und endlich Europa, insbesondere Westeuropa friedlich Zusammenarbeit bringt.

Allgemeine außenpolitische Lage

Der Gegensatz zwischen den beiden größten Mächten USA und Sowjetrußland wird noch auf lange Zeit hinaus bestehen bleiben. Die Entwicklung des britischen Empires und die wirtschaftliche und die innenpolitische Entwicklung Englands selbst ist sehr unsicher. Die englische Industrie war überaltert und gegenüber der deutschen und der amerikanischen nicht mehr konkurrenzfähig. Frankreich ist, biologisch gesehen, müde. Infolgedessen ebenfalls wirtschaftlich zurückgeblieben. Es zeigen sich Zerfallerscheinungen, die vielleicht in erster Linie auf die sehr schlechte wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung in Frankreich zurückzuführen sind. Nach Mitteilungen von wohlwollenden deutschen Beobachtern während der Besatzungszeit ist eine grundlegende Bodenreform in Frankreich absolut notwendig. Frankreich ist unterbevölkert. Infolge dieser Unterbevölkerung hat die französische Bevölkerung nicht den nötigen Zwang zur Arbeit. Frankreichs natürliche Hilfsquellen sowohl im Mutterland wie in den Kolonien sind außerordentlich groß und nicht genügend erschlossen. Deutschland ist wirtschaftlich, politisch und moralisch völlig zerrüttet. Nach dem Zusammenbruch wäre es eine Leichtigkeit gewesen, die damalige breite Masse in eine neue, den europäischen Interessen gerecht werdende Form zu gießen. Diese Gelegenheit ist endgültig verpaßt. Inzwischen haben sich in Deutschland

³⁹ Den im folgenden wiedergegebenen Gedanken lag vermutlich eine Aufzeichnung Adenauers zugrunde, die er am 13. 6. 1946 in Bad Godesberg mit Arnal und Weiss diskutierte. Vgl. dazu Pierre Arnal, S. 68–76.

⁴⁰ Hiermit war Adenauers Reise nach Berlin am 15. 7. 1946 gemeint, wo ihm und anderen Parteiver tretern der Beschluß der britischen Militärregierung über die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilt wurde. Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 98 f.

drei große politische Parteien entwickelt, die KPD, die SPD und die CDU. Die KPD und SPD drängen zu einer zentralistischen Gestaltung Deutschlands hin, die KPD, weil sie von Rußland geleitet wird, die SPD, weil in ihr der alte preußische Geist lebendig ist. Der größte Teil der Anhänger der CDU stammt aus dem Süden und dem Westen des Reiches, d. i. denjenigen Teilen Deutschlands, die von jeher nicht preußisch und nicht zentralistisch, sondern föderalistisch eingestellt waren. Wenn auch zurzeit Deutschland schweren Hunger leidet, und wenn auch, insbesondere, wenn diese Hungerszeit länger andauert, viele Millionen in Deutschland an den Folgeerscheinungen hungers sterben werden, so wird doch höchstwahrscheinlich der größte Teil der deutschen Bevölkerung diese Zeit überstehen und das deutsche Volk mit seinen sehr guten und sehr schlechten Anlagen wird nach wie vor in Europa eine äußerst wichtige Rolle spielen. Zurzeit zerfällt Deutschland im wesentlichen in zwei Teile: in die russische Zone, zu der man im Grunde genommen auch Berlin zählen kann, einerseits und in die britische, französische und amerikanische Zone andererseits. Diese beiden Teile entfernen sich in ihrer wirtschaftlichen und politischen Struktur mit erschreckender Schnelligkeit voneinander. Schon jetzt kann man, gleichgültig wie die russische Politik werden wird, davon ausgehen, daß, wie vor 700 Jahren und früher, das östliche Deutschland vom westlichen Deutschland her von neuem kultiviert werden muß, und zwar in wirtschaftlicher und in geistiger Hinsicht.

Im Interesse Deutschlands und Europas ist eine Verständigung und [ein] enger Zusammenschluß zwischen Frankreich und England absolut notwendig. Sie müssen zusammen in Europa die Führung übernehmen. Das Ziel aller Arbeiten in Europa muß sein: Die Vereinigten Staaten von Europa oder ein ähnliches Gebilde zu errichten. Es ist zu erwägen, ob man zweckmäßig mit einer Zusammenführung eines Teiles von Europa, vielleicht auch nur auf wirtschaftlichem Gebiete – Zollverein – beginnt.

II) Eine Gewaltlösung der Sicherheitsansprüche der westlichen Nachbarn Deutschlands wird niemals von Dauer sein. Daher kommen als Mittel zur Lösung der Sicherheitsprobleme nicht in Frage

- 1) Abtrennung,
- 2) dauernde Besetzung,
- 3) Sklavenarbeit der deutschen Bevölkerung in irgendeiner Form.

III) Erstrebte Lösungen

- 1) Deutschland erleidet insbesondere auch im Osten nur geringfügige Grenzkorrekturen. Grund: seine Überbevölkerung, die zu einer Expansion wirtschaftlicher oder politischer Art zwingt, Unvermögen Rußlands und Polens, das von ihnen besetzte Land auszunutzen.
- 2) Die Zoneneinteilung wird beseitigt. Es wird, solange dies nötig ist, ein für ganz Deutschland zuständiger Kontrollrat eingesetzt.
- 3) Deutschland wird ein möglichst stark dezentralisierter Bundesstaat. Die Zentralgewalt erhält nur das an Macht, was zum Zusammenhalt unbedingt nötig ist. Der Sitz der Zentralinstanzen muß nach Westen oder Südwesten verlagert werden.
- 4) Das politische und wirtschaftliche Schwergewicht Deutschlands muß Westdeutschland sein. Es muß daher ein westdeutscher Bundesstaat errichtet werden, der umfaßt: das ganze Rheinland, Westfalen, evtl. Osnabrück, Rheinhessen, Rheinpfalz, wenigstens Teil von Hessen-Nassau.
- 5) Für den Status dieses Staates sind folgende Punkte von Bedeutung:
 - a) Zweikammer-System.

- b) Da in diesem Staat das Ruhrgebiet liegt, müssen bei ihm ausländische Staaten wirtschaftliche Vertretungen mit entsprechenden Zuständigkeiten unterhalten. Es ergibt sich zwangsläufig hieraus eine Reziprozität mit entsprechenden politischen Auswirkungen.
- c) Wenn die westlichen Nachbarn Deutschlands glauben, auf eine besondere Kontrolle dieses Staates nicht verzichten zu können, so sollte die Dauer dieser Kontrolle und ihr Umfang umgrenzt sein. Es würde zu prüfen sein, ob nicht nach einer gewissen Übergangszeit diese Kontrolle durch Entsendung von Vertretern der betreffenden Staaten in die erste Kammer ersetzt werden kann.
- d) Die Dauer der Besetzung muß befristet werden.
- 6) *Gegenseitige* wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland, jedenfalls Westdeutschlands, und Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England ist die alleinige und dauernde Grundlage für eine konstruktive Lösung, die eine dauernde Befriedung Europas bringt. Die Frage der Einrichtung gemeinsamer Wirtschaftskammern ist zu prüfen.
- IV) Wenn die unter III) skizzierten Lösungen wegen der Einstellung Rußlands nicht möglich sind, müssen die unter III) angeführten Maßnahmen für die drei westlichen Zonen getroffen werden. Die Ausführungen unter III) 2–6 gelten dann für diesen Teil Deutschlands.

Aus diesen vorstehenden Gedankengängen des Herrn Dr. Adenauer geht hervor, wie unrichtig die Angriffe gegen seine Person waren, die ihm separatistische Bestrebungen vorwarfen⁴¹.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 2⁴²

Schweizerisches Konsulat
Köln
für die Regierungsbezirke Aachen,
Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet
vW/Ba.

z. Zt. Bad Godesberg, den 24. 7. 1946.

Herr Minister,
[...]

Dr. Adenauer als Führer der christlichen Demokraten in der britischen Zone sieht es als einen Umstand von besonderer Bedeutung an, daß die Grenzen des neuen Landes sich den bisherigen deutschen Westgrenzen anpassen und daß die Verbundenheit des westlichen Grenzlandes mit dem übrigen Deutschland grundsätzlich anerkannt ist. Er hofft, daß diese politisch bedeutsame Tatsache bei künftigen internationalen Abmachungen nicht mehr

⁴¹ Zum Separatismus-Vorwurf gegen Adenauer nach dem Kriege vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Nationalsozialismus, S. 475 ff., Adenauers Reaktion in: Briefe 1945–1947, S. 135, 317.

⁴² Vgl. SBA, E 2300 Köln 10, 9 S., hier S. 4 f.

übergangen werden kann. In seinen Gesprächen mit maßgebenden politischen Persönlichkeiten in Berlin hat er den Eindruck gewonnen, daß die britische Regierung nur bereit ist, den Franzosen in Bezug auf das Saargebiet entgegenzukommen, alle anderen Gebiete im Westen aber bei Deutschland zu belassen. Diese Auffassung bestätigt meine Ihnen schon mehrfach zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß außer dem Saargebiet keine anderen Gebiete Westdeutschlands von Deutschland abgetrennt werden sollen.

Wie Rußland auf die Geste der englischen Regierung reagieren wird, die unmittelbar, nachdem Molotow eine Zentralisierung Deutschlands verlangt hat, erfolgt ist, läßt sich noch nicht erkennen. Es liegen aber Anzeichen dafür vor, daß Rußland versucht, durch Erweckung der nationalen Instinkte der Deutschen nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch andere große Parteien Deutschlands für die russische Politik eines zentralisierten Deutschlands zu gewinnen.

Wenn es auch wohl noch einige Wochen dauern wird, ehe das neue Bundesland eine eigene Regierung erhält, so kann doch bereits als sicher gelten, daß Dr. Adenauer in dieser Regierung einen wichtigen Posten erhält. Er selbst rechnet auch damit. Die in der britischen Zone erscheinende englische geschriebene Zeitschrift *British Review* hat in einer ihrer letzten Nummern einen langen Artikel über Adenauer gebracht⁴³, worin sie ihn einen der wenigen Deutschen von staatsmännischem Format nennt. Der mit einem charakteristischen Bild Adenauers versehene Aufsatz ist sicherlich dazu gedacht, diesen Exponenten einer westlich gerichteten deutschen Politik noch schärfer als bisher in das internationale Blickfeld zu rücken. Churchills Schwiegersohn Duncan Sandys, der kürzlich im Rheinland war⁴⁴, hat einem Gewährsmann gegenüber erklärt, von allen Politikern, die er in Deutschland gesprochen habe, sei Adenauer bei weitem der befähigste. Von keinem anderen sei er auch nur entfernt so stark beeindruckt worden. Derartige Urteile sind um so bemerkenswerter, als Adenauer sei Monaten in sehr scharfer Form an der Politik der Alliierten in Deutschland Kritik übt⁴⁵. Ich bin froh, daß ich auch in den Zeiten der Nazi Herrschaft, als es sehr verpönt war, mit Adenauer zu verkehren, meine jetzt seit 25 Jahren bestehende Freundschaft mit dem prominenten Vertreter der deutschen Politik weiter gepflegt habe. Die Rolle, die er in naher Zukunft in dem industriell wichtigsten Teil Deutschlands spielen wird, dürfte nicht zuletzt durch diese meine Freundschaft der Schweiz zugute kommen.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

⁴³ Vgl. *German Politicians of the British Zone*, Dr. Adenauer, Christian Democrat, in: *British Zone Review*, Vol. I, No 21, 6.7. 1946, S. 8 f.

⁴⁴ Das Treffen mit Duncan Sandys ist nicht genau zu datieren.

⁴⁵ Adenauer erhob insbesondere Kritik an der britischen Deutschlandpolitik, der er unter anderem vorwarf, die Regelung eines Friedensvertrages dilatorisch zu behandeln, die deutsche Bevölkerung in Abhängigkeit zu halten, indem man ihr demokratische Rechte vorenthält, aufkeimende wirtschaftliche Tätigkeiten zu lähmen, für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichend zu sorgen, die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen und die Sozialdemokratie einseitig zu beurteilen. Vgl. dazu seine Rede am 12. 5. 1946 in Düsseldorf, Wortlaut in: StBKAH 02.03.

Dokument 3⁴⁶

Schweizerisches Konsulat z. Zt. Bad Godesberg, den 22. 9. 1946. Rolandstr. 60/67.
Köln
für die Regierungsbezirke Aachen,
Koblenz, Köln, Trier und das Saargebiet

Hal vW/de

Herr Minister,

Die Rede Winston Churchills in Zürich⁴⁷ hat gerade hier im Rheinland das größte Aufsehen erregt, weil sie sich völlig in den Gedankengängen bewegt, die dem Führer der Christlich demokratischen Partei in der britischen Zone, dem früheren Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Dr. Adenauer, entsprechen. Es handelt sich dabei keineswegs um einen Zufall, sondern um die tatsächliche Übernahme der Vorschläge Adenauers durch den ehemaligen britischen Premier. Wie ich Ihnen etwa vor drei Monaten berichtete, hatte der frühere britische Minister für öffentliche Arbeit, Duncan Sandys, in Köln eine lange Unterredung mit Adenauer⁴⁸, bei der dieser dem Schwiegersohn Churchills gerade die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland als ersten Schritt zum Wiederaufbau der europäischen Völkerfamilien und die Schaffung einer Art Vereinigte Staaten von Europa als weiteren Schritt vorschlug.

Duncan Sandys war nachher, wie mir ein befreundeter Deutscher erklärte, von den Darlegungen Adenauers tief beeindruckt. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ich Ihnen in meinem Bericht vom 10. Juli 1946 auf Seite 6 wörtlich folgendes als Vorschlag Dr. Adenauer mitteilte:

„... Im Interesse Deutschlands und Europas ist eine Verständigung und enger Zusammenschluß zwischen Frankreich und England absolut notwendig. Sie müssen zusammen in Europa die Führung übernehmen. Das Ziel aller Arbeiten in Europa muß sein: Die Vereinigten Staaten von Europa oder ein ähnliches Gebilde zu errichten. Es ist zu erwägen, ob man zweckmäßig mit einer Zusammenführung eines Teiles von Europa, vielleicht auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet – Zollverein – beginnt ...“

Diese Worte sind zum Teil wörtlich in der Rede Churchills wiederzufinden. Auch die folgende Stelle, auf Seite 7 meines Berichtes, hat Churchill inhaltlich übernommen⁴⁹:

„... Gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland, jedenfalls Westdeutschlands und Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England, ist die alleinige und dauernde Grundlage für eine konstruktive Lösung, die eine dauernde Befriedung Europas bringt ...“

Es erfüllt mich begreiflicherweise mit einer gewissen Befriedigung, daß ein Staatsmann,

⁴⁶ Vgl. SBA, E2300 Köln 10, hier S. 1 f.

⁴⁷ Vgl. Anm. 25.

⁴⁸ Vgl. Dokument 2.

⁴⁹ Auf eine wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten war Churchill expressis verbis nicht eingegangen. Auch verwandte er nicht den Begriff „Zollunion“. Dazu sagte er lediglich: „The structure of the United States of Europe, if well and truly built, will be such as to make the material strength of a single state less important. Small nations will count as much as large ones and gain their honour by their contribution to the common cause.“ Vgl. Randolph Churchill, *The Sinews of Peace*, S. 201.

wie der z. Zt. in der Schweiz so lebhaft gefeierte frühere britische Premier, sich die Gedankengänge zu eigen macht, die von einem mir in Freundschaft verbundenen Mann stammen, und dem ich von vornherein eine wichtige politische Auswirkung für die Zukunft Europas beimaß. [...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:

Weiss.

Dokument 4⁵⁰

Schweizerisches Konsulat

Köln, den 10.2. 1947.

Köln

Hal vW/He-

Herr Minister,

Heute morgen hatte ich mit dem früheren Oberbürgermeister von Köln, Herrn Dr. Adenauer, wieder eine längere Unterredung, der gerade von einer vierzehntägigen Reise durch Norddeutschland, wo er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone Verhandlungen führte, zurückkehrte⁵¹. Über den Inhalt seiner Ausführungen darf ich nachstehend wie folgt berichten:

Das katastrophale Absinken Deutschlands geht unaufhaltsam weiter. Das gilt vor allem für die britische Zone. Die Bevölkerung leidet die größte Not an Nahrungsmitteln und infolge der Kälte. Für die Nahrungsmittelkrise können deutsche Stellen nicht verantwortlich gemacht werden. Alle wichtigen Entscheidungen betr. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln treffen die britischen Behörden. Es ist zwar von der britischen Militärregierung erklärt worden, daß vom 1. Januar an die Verantwortung in größerem Umfange auf die deutschen Stellen übergehen sollte, dabei ist es aber auch bisher geblieben. Die ganze Widernatürlichkeit der Lage erhellt sich am besten an folgender Tatsache: In Bremen und Hamburg sind nach Pressemeldungen so viele Menschen infolge der Kälte gestorben, daß den Krematorien erhöhte Zuteilungen an Kohlen bewilligt werden müssen. Dabei würde die Kohlenmenge, die zur Verbrennung eines Toten nötig ist, ausgereicht haben, den Betroffenen am Leben zu halten.

Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone sind wesentlich besser. Zunächst werden dort die Lebensmittel, die auf Karten erhältlich sein sollen, auch tatsächlich ausgegeben. Ferner geben die amerikanischen Stellen in nicht unerheblichem Maße Lebensmittel ab, die nicht auf den Karten stehen. In der französischen Zone allerdings leidet die Bevölkerung auch Not, da die Franzosen nach wie vor aus dem Lande leben.

Die Demontage geht ebenfalls weiter. Zu welchen Konsequenzen diese Angelegenheit führen wird, läßt sich nicht übersehen. Eine britische Dienststelle hat unlängst auf die Vor-

⁵⁰ Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, 4 S., hier S. 1 f.

⁵¹ In den vorangegangenen Wochen hatte Adenauer unter anderem an der für die Programmgeschichte der CDU wegweisenden Zonenausschuß-Tagung am 1.–3. 2. 1947 in Ahlen/Westfalen und an der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft am 5./6. 2. 1947 in Königstein/Taunus teilgenommen. Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 437–440.

stellungen des Oberbürgermeisters von Dortmund⁵², man möge die Demontage einer in Deutschland gelegenen Werkzeugmaschinenfabrik unterlassen, geantwortet: Nach den Potsdamer Beschlüssen müßte die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie bis zu einem „Schatten“ ihrer früheren Stärke demontiert werden. Daß ein Land, das keine hinreichende Werkzeugmaschinenindustrie besitzt, exportunfähig ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen.

Der Einfluß der Gewerkschaften wird von den britischen Stellen in einer Weise gefordert, daß man schon von der Gefahr einer heraufziehenden Diktatur der Gewerkschaften sprechen kann⁵³. Die Gewerkschaften sollen mit dem Willen der britischen Militärregierung in den entscheidenden Positionen der Industrie zu 50% vertreten sein. Herrschaft der Gewerkschaften bedeutet zunächst Herrschaft der Sozialdemokratischen Partei. Es ist aber sehr wohl möglich, daß eines Tages die Kommunisten in den Gewerkschaften die Oberhand bekommen. Die Maßnahmen, welche jetzt von der britischen Militärregierung zur Entflechtung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie angeordnet werden, sind mit verständigen Wirtschaftserwägungen nicht vereinbar. Man nimmt aus den großen Industriewerken die noch lebensfähigen Teile heraus, bringt sie in besonderen Gesellschaften ein und überläßt den Rest seinem Schicksal.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 5⁵⁴

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, den 3. 5. 1947.

Hal vW/He-

Herr Minister,

Gestern Abend besuchte mich, wie gewöhnlich zum Wochenende der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Herr Dr. Adenauer, mit welchem ich eine längere Unterredung hatte und in der vor allen Dingen die letzten in der britischen Zone stattgefundenen Wahlen⁵⁵ erwähnt wurden. Wenn ich auch bereits über diese Wahlen ausführlich berichtet habe, glaube ich doch, Ihnen nachstehend den Inhalt unserer Unterredung wiedergeben zu sollen, die Sie zweifellos interessieren wird, ist dies doch die Ansicht eines hervorragenden Parteiführers in der britischen Zone.

Die Landtagswahlen, die in der britischen Zone am 20. 4. ds. Js. stattgefunden haben und

⁵² Fritz Henßler (1886–1953), ab 1946 Oberbürgermeister von Dortmund, bis zu seinem Tode zugleich SPD-Fraktionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag.

⁵³ In verschiedenen Briefen aus diesem Zeitraum äußert sich Adenauer in ähnlicher Form über Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Vgl. Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 430, 508.

⁵⁴ Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, mit Anlage.

⁵⁵ Nordrhein-westfälische Landtagswahl am 20. 4. 1947.

deren Ergebnisse ja durch die dortigen Veröffentlichungen im einzelnen bekanntgeworden sind, sind besonders bemerkenswert wegen der erheblich geringeren Wahlbeteiligung gegenüber den Herbstwahlen⁵⁶. In Nordrhein-Westfalen z. B. war die Wahlbeteiligung geringer als sie bei irgendeiner Reichstagswahl in den Jahren 1918 bis 1933 gewesen ist. Diese geringe Wahlbeteiligung ist ein sehr bemerkenswertes und sehr bedauerliches Zeichen. In der Hauptsache ist sie zurückzuführen auf die Apathie und die Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung, die ihrerseits wieder hervorgerufen ist durch den Hunger und die Kälte des vergangenen Winters, die augenblicklich eingetretene weitere Kürzung der Lebensmittel und die völlige Aussichtslosigkeit für die Zukunft. Diese nihilistische Stimmung, so führte Herr Dr. Adenauer aus, die immer stärker um sich zu greifen scheint, ebnet der Verbreitung radikaler Tendenzen den Weg. Unzweifelhaft wird der Kommunismus dadurch am meisten gefördert werden. Die Ansicht, daß schließlich Rußland die einzige Macht sei, von der Deutschland für die Zukunft noch etwas zu erwarten habe, gewinnt an Boden. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Russen sich bei ihrer Propaganda in Deutschland durch die kommunistische Partei der nationalen Instinkte des deutschen Volkes in sehr geschickter Weise bedienen.

Die allgemeine Lauheit gegenüber den Wahlen hat besonders auf die Stimmenzahl der CDU vermindert gewirkt. Man darf allerdings den Rückgang ihrer Stimmen in seiner Bedeutung nicht überschätzen. Bei diesen Wahlen haben zum ersten Male die Ostflüchtlinge mitgestimmt. Sie haben sich in ihrer Verzweiflung vornehmlich den Linksparteien: der SPD und der KPD zugewendet.

Was die Bildung einer Regierung in Nordrhein-Westfalen anbelangt, so ist Herr Adenauer der Ansicht, daß dies besonders schwierig sein wird. Hier stehen sich die beiden größten Parteien, die CDU und die SPD, erstere mit 92, letztere mit 64 Landtagsmandaten hinsichtlich der Frage der Sozialisierung einstweilen schroff gegenüber. Unbefangenen Beurteilern der Lage scheint allerdings eine Annäherung nicht ausgeschlossen, da die Ansichten der beiden Parteien über die zukünftige Wirtschaftsform Deutschlands in mancher Hinsicht sich doch sehr genähert haben und insbesondere auch der von den unter sozialistischem Einfluß stehenden Gewerkschaften angenommene Standpunkt der CDU näherkommt als dem der SPD.

Hinsichtlich der politischen Angleichung der britischen und amerikanischen Zone wird von britischer Seite insbesondere z. Zt. noch eine gewisse Zurückhaltung gezeigt. Anscheinend will man erst in der öffentlichen Meinung die Annahme sich festsetzen lassen, daß die Moskauer Konferenz⁵⁷ doch nicht so ergebnislos verlaufen sei und daß man von ihrer Fortsetzung im Spätherbst gute Fortschritte erwarten könne. Man fürchtet anscheinend, daß, wenn jetzt die Verschmelzung der beiden Zonen sofort einsetzen werde, man auf russischer Seite daraus den Schluß ziehen würde, daß man eine Verständigung mit Rußland nicht mehr wolle. Diesen Eindruck sucht man aus Gründen der allgemeinen Politik zu vermeiden. Es wird aber in unterrichteten britischen und amerikanischen Kreisen angenommen, daß die von beiden Seiten angekündigte Belebung der Wirtschaft in diesen beiden Zonen nicht ohne Einfluß auf eine Koordinierung ihrer politischen Gliederung bleiben könne. Diese Annahme scheint auch in der Natur der Sache begründet zu sein. In einfluß-

⁵⁶ Gemeint waren die Gemeinde- und Ämterwahlen am 15. 9. 1946 und die Stadt- und Landkreiswahlen am 13. 10. 1946. An den Herbstwahlen hatten zirka 74 v. H. der Wahlberechtigten teilgenommen, an den Landtagswahlen dagegen 67,3 v. H.

⁵⁷ Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 10. 3.–24. 4. 1947.

reichen britischen und amerikanischen Kreisen nimmt man weiter an, daß die wirtschaftliche und wohl auch die politische Angliederung der französischen Zone nur eine Frage der Zeit sein werde. Falls diese Entwicklung wirklich eintritt, würde ein Auseinanderfallen Deutschlands in zwei Teile die notwendige – hoffentlich nur vorübergehende – Folge sein.

Zur Nahrungsmittelversorgung führte Herr Dr. Adenauer aus, daß die Lage sehr ernst sei. Nennenswerte Vorräte sind nicht vorhanden. Auch neue Schiffsladungen sind nicht angekündigt oder in Aussicht gestellt. Die englischen Stellen behaupten, daß die deutschen Behörden die hauptsächlichste Schuld trügen, weil sie gegenüber der deutschen Landwirtschaft nicht genügend Energie bei der Erfassung deren Produktion zeigten. Diese Behauptungen englischer Stellen sind aber, wie man auch als neutraler Beobachter wohl zutreffend feststellen kann, in der Hauptsache unbegründet. Die deutsche Ernte ist bis zu 95% bereits erfaßt. Die Engländer behaupten in zweiter Linie, daß die Mangellage in der ganzen Welt Schuld an dem Ausbleiben der Zufuhren sei. In wie weit das richtig ist, läßt sich von hier aus nicht nachprüfen. Diese Behauptung der Engländer wird aber deutscherseits als falsch bezeichnet.

Die CDU der britischen Zone hat auf einer Sitzung, die sie am 30. April 1947 in Ahlen i. Westf. gehalten hat, einen Beschluß gefaßt, den ich wegen seiner Bedeutung hier beifüge⁵⁸.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss

Dokument 6⁵⁹

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, 12. November 1947. Appellhofplatz 23.

Hal vW/Sch

Herr Minister,

Gestern besuchte mich Herr Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der Präsident der CDU in der britischen Zone, mit dem ich eine längere Unterredung über die jetzige Lage in Deutschland hatte, trotzdem er durch die schwere Erkrankung seiner Frau⁶⁰ sehr mitgenommen ist. Aus dieser Unterhaltung gestatte ich mir, Ihnen vor Abgang des Kuriers schnell folgendes zu berichten:

Die wirtschaftliche Lage in den vereinigten Westzonen verschlechtert sich weiter. Die Steigerung der Förderung an Steinkohle kann nicht darüber hinwegtäuschen. Die Steigerung wird durch alle möglichen, z. T. künstlichen Mittel, herbeigeführt. Die Bergleute arbeiten jetzt im Hinblick auf das in Aussicht gestellte Weihnachtspaket. Es werden weiter vielfach

⁵⁸ Anlage: Abschrift des Beschlusses zur Ernährungslage und der Demontagepolitik, abgedruckt in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 310–312.

⁵⁹ Vgl. SBA, E 2300 Köln 11, 3 S.

⁶⁰ Zur Krankheitsgeschichte Gussie Adenauers vor ihrem Tode am 3.3. 1948 vgl. Paul Weymar, S. 345–349, sowie Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 96, 139 ff.

nur große und dicke Flöze abgebaut, während man alle anderen, die normalerweise auch abgebaut werden müßten, liegen läßt. Die Leistung pro Schicht und Mann ist nach wie vor sehr unbefriedigend. Vor allem aber nützt die Mehrförderung an Kohle der deutschen Wirtschaft deshalb nichts, weil die Kohle infolge von Verkehrsschwierigkeiten nicht abgefahren werden kann. Diese Verkehrsschwierigkeiten sind zunächst das gefährlichste Moment in der ganzen wirtschaftlichen Situation der Westzonen. Maßgebende deutsche Kreise glauben, daß unter Umständen dadurch das ganze wirtschaftliche Programm und die ganze Ernährung gefährdet werde. Die Gründe für diese Verkehrsschwierigkeiten liegen einmal in der Unzulänglichkeit der Leitung der Reichsbahn, dann aber auch an dem geringen Wasserstand der Flüsse und Kanäle.

Die Bearbeitung der Demontagefrage ist sicherem Vernehmen nach nunmehr im wesentlichen auf das Bizonale Amt für Wirtschaft in Frankfurt/Main übergegangen. Es erscheint das sachlich und auch personell richtig. Die Verhandlungen selbst, die bisher von den Wirtschaftsministerien der einzelnen Länder geführt worden sind, scheinen zunächst nicht ungünstig zu verlaufen. Die Hauptsache ist, daß beide Teile wenigstens in ein Gespräch über sachliche Gesichtspunkte gekommen sind. Man kann hoffen, daß sachliche Gesichtspunkte schließlich doch sich in vielen Fällen als stärker erweisen werden wie politische und Konkurrenz-Bestrebungen. Zweifellos liegen namentlich auf englischer Seite nicht unerhebliche Konkurrenzbefürchtungen der englischen Industrie vor. Man erwartet vielfach, sowohl in englischen als auch in deutschen Kreisen, daß je nach dem Ausfall der Londoner Konferenz⁶¹ die Verhandlungen in der Demontagefrage ein anderes Gesicht bekommen werden als bisher. Fest steht schon jetzt, daß an der ursprünglichen Schärfe, wie sie noch von Generalleutnant Robertson zum Ausdruck gebracht worden ist, nicht mehr festgehalten wird. In deutschen Kreisen hofft man weiter, daß der Weggang des Sir William Strang in Berlin günstig wirken werde.

Die Arbeit zwischen dem Wirtschaftsrat und den Vertretern der Alliierten und auch die Arbeit innerhalb der einzelnen Glieder des Wirtschaftsrats selbst – Wirtschaftsrat, Exekutivrat, Direktoren der Ämter – spielt sich, nachdem die ersten Reibungen überwunden sind, langsam ein. Allerdings wird darüber geklagt, daß man auf alliierter Seite noch zu sehr an das reine Befehlen gewöhnt sei und nur ungern sich dazu verstehe, sich auf die Kontrolle zu beschränken. Man hofft aber, daß auch hier im Laufe der Zeit eine Besserung eintreten wird.

Was die Ernährungslage angeht, so ist die Kartoffelversorgung, namentlich des Industriegebietes, nach wie vor sehr unbefriedigend. Angeblich soll genügend Getreide, Mehl und auch Ersatz für Kartoffeln in Vorrat gehalten werden. Man rechnet hier nicht mit größeren Störungen, falls nicht die oben geschilderten Verkehrsschwierigkeiten alle Überlegungen über den Haufen werfen.

Die Stimmung der Bevölkerung wird immer apathischer und gleichgültiger. Es kann das bei der drückenden Lage, in der sich der überwiegende Teil der Deutschen befindet, nicht Wunder nehmen. Es ist klar, daß die Kommunisten sich die allgemeine Lage zu Nutzen zu

⁶¹ Außenminister-Konferenz der vier Großmächte über Deutschland und Österreich vom 25.11.–15.12. 1947. Zu den Erwartungen, die Adenauer an die Konferenz richtete, vgl. seine am 24.11. 1947 vor dem Zonenbeirat in Hamburg gehaltene Rede, abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 3: Juni–Dezember 1947, München/Wien 1982, S. 865–871. Vgl. auch Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 126–129.

machen versuchen. Bei den jüngst abgehaltenen Betriebsratswahlen im Bergbau haben sie einen gewissen Rückschritt zu verzeichnen. Aber sie setzen ihre Zellenarbeit nach bolschewistischem Muster mit größter Energie und Zähigkeit fort. Der Führer der Kommunisten in der britischen Zone, Reimann, hat am 9. November 1947 in einer öffentlichen Rede in Düsseldorf ausführlich gegen den Marshall-Plan Stellung genommen. Neuerdings machen sich auch unter Studenten kommunistische Bestrebungen geltend. Ihnen schenken die Besatzungsbehörden ihre besondere Aufmerksamkeit, allerdings in unauffälliger Weise. Öffentlich ist soeben erklärt worden, daß die deutsche Presse in der britischen Zone sich nicht an dem von General Clay angekündigten Propagandafeldzug gegen die Kommunisten beteiligen solle. Ob die englische Regierung eine derartige Erklärung im Hinblick auf die kommende Londoner Konferenz abgibt, ist von hier nicht zu übersehen, ist aber wahrscheinlich.

In deutschen politischen Kreisen ist das ganze Interesse nunmehr auf die Londoner Konferenz konzentriert. Der weitaus größte Teil befürchtet, daß diese Konferenz die Teilung Deutschlands in eine östliche und westliche Hälfte vollenden werde. Wenn ich sage „befürchtet“, so ist das so zu verstehen, daß die meisten Politiker der Westzone eine solche Teilung für unvermeidlich und unter gesamteuropäischen und auch unter deutschem Betracht für besser halten als eine kommunistische Infiltrierung von ganz Deutschland. Man rechnet damit, daß nach einem Scheitern der Londoner Konferenz die drei westlichen Zonen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Einheit zusammengeschlossen werden, und daß dann auch politische und wirtschaftliche Maßnahmen größten Stiles bald einsetzen werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 762

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln-Marienburg, den 20. Januar 1948. Goethestraße 66

Hal vW/da

Herr Minister,

Im Nachgang zu meinem heutigen Bericht über die hiesige allgemeine Lage gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern, wie allwöchentlich, den Besuch von Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer erhielt, der mir nicht nur wegen der schweren Erkrankung seiner Frau, sondern auch über die Entwicklung der Dinge in Deutschland sehr deprimiert vorkam. Da Herr Adenauer wohl als Exponent über der Innerpolitik Deutschlands betrachtet werden dürfte, wird Sie sicherlich die Ansicht, die er mir in unserer längeren Unterredung über die augenblickliche politische Lage Deutschlands entwickelte, interessieren.

Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zurzeit, wie Herr Adenauer

⁶² Vgl. SBA, E 2300 Köln 12, 4 S.

meinte, äußerst verworren und gespannt. Was zunächst die politische Lage angeht, so finden die Absichten der britischen und der amerikanischen Militärregierung über die Umgestaltung des Wirtschaftsrats in Frankfurt/Main nicht überall Zustimmung. Es handelt sich dabei um mehr als um Vorschläge. Es ist den deutschen Stellen deutlich zu verstehen gegeben worden, daß es sich nur um unwesentliche Änderungen auf Grund ihrer Vorschläge handeln könne. In Wirklichkeit handelt es sich um eine im Grunde genommen einseitige Maßnahme der beiden Militärregierungen, die nichts Ganzes und nichts Halbes ist. Offenbar hat man peinlichst darauf Rücksicht genommen, den Russen keinen Agitationsstoff zu geben, daß die Zweiteilung Deutschlands durch England und Amerika jetzt erfolge oder vorbereitet werde. Diese Vorsicht der Anglo-Amerikaner hat dazu geführt, daß die französische Zone überhaupt nicht gefragt worden ist, und sie hat zu der übermäßig vorsichtigen Umgestaltung geführt. In politischen Kreisen der Bizone bedauert man außerordentlich, daß man mit Frankreich nicht verhandelt und dadurch in Frankreich eine berechnete Verstimmung hervorgerufen hat. Man befürchtet, daß dadurch nunmehr eine Dreiteilung Deutschlands vorbereitet werde: die Ostzone, die Bizone, die Westzone unter französischem Einfluß.

Bei der Gründung des Wirtschaftsrats, so sagte Herr Adenauer, hatte die CDU/CSU zusammen mit kleineren Parteien eine Mehrheit gegenüber der SPD und KPD. Die SPD und KPD hatten damals verlangt, daß der Direktor des Amtes für Wirtschaft von ihnen gestellt würde, weil sie durch ihn die sozialistische Planung und Lenkung der deutschen Wirtschaft durchführen wollten. Die anderen Parteien hatten dies abgelehnt; die SPD hat darauf ihr Desinteressement an der Besetzung der Ämter erklärt, so daß die bisherigen fünf Direktorenposten alle mit Nicht-Sozialdemokraten besetzt sind. Es wird jetzt zu den 5 Direktorenposten noch ein neuer Posten, der eines 1. Direktors geschaffen, der keinen eigentlichen Sachbereich haben soll, abgesehen von Personalien; seine Stellung in der Gesamtorganisation steht auch noch nicht fest. Es ist noch nicht sicher, ob er primus inter pares sein soll, oder ob er eine führende Stellung und Einfluß auf die Gesamtpolitik der Direktoren bekommen soll. Es steht weiter noch nicht fest, ob, wie bisher, jeder einzelne Direktor nur für sich allein die Verantwortung für seine Vorlagen trägt, oder ob in Zukunft alle Vorlagen durch die Gesamtheit der Direktoren verantwortet werden sollen.

Die sozialdemokratische Partei versucht, aus Anlaß der Umwandlung des Wirtschaftsrats in die maßgebenden Posten wieder hereinzukommen. Eine sicher im Ton unglückliche Rede, die der Direktor des wichtigsten Amtes, des Amtes für Wirtschaft, Dr. Semler, am 4. Januar auf einer Ausschuß-Sitzung der CSU in Erlangen hielt, gibt ihr dazu einen willkommenen Anlaß⁶³. Dr. Semler hat in seiner Rede die Besatzungsbehörde scharf angegriffen. Er ist von den Generalen Clay und Robertson deswegen zur Rede gestellt worden. Es soll eine genaue Nachprüfung stattfinden, die sich sowohl auf die Form seiner Anklage gegen die Besatzungsbehörden wie auf den materiellen Inhalt seiner Behauptungen erstreckt. Die Sozialdemokratische Presse und ebenfalls die Gewerkschaften erklären aber schon jetzt, daß Semler wegen dieser Bräskierung der Besatzungsbehörden nicht mehr tragbar sei, und sie deuten an, daß sie bereit seien zu einer Koalitionsbildung, wenn etwa die CDU/CSU den 1. Direktor und die SPD den Posten des Direktors für Wirtschaft (Dr. Semler) erhalte. Die „Welt“, das „überparteiliche“, von der Militärregierung in Hamburg

⁶³ Reaktionen Adenauers auf die sogenannte „Hühnerfutter-Rede“ Johannes Semlers und die dadurch ausgelöste Führungskrise in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gehen aus mehreren Briefen von Januar/Februar 1948 hervor. Vgl. Briefe 1947–1949, S. 150 f., 163, 170, 173 ff.

abhängige Blatt, unterstützt in vorsichtiger Weise diese Bestrebungen. Es würde sicher auch der britischen Regierung sehr angenehm sein, wenn der äußerst wichtige Posten des Direktors des Amtes für Wirtschaft von einem Sozialisten besetzt würde.

Wie sich die CDU und CSU hierzu stellen wird, ist noch nicht bestimmt zu erkennen. Es hat aber den Anschein, als ob sie eine solche Koalition nicht eingehen wollten. Die Gründe hierfür dürften folgende sein:

Infolge des Marshall-Plans rechnet man in Deutschland damit, daß in einigen Monaten eine wesentliche Erleichterung der wirtschaftlichen Lage eintreten wird. Wenn diese Besserung der Lage eintritt, während ein Sozialist Direktor des Amtes für Wirtschaft ist, würde die Sozialdemokratie diese Besserung auf ihr Konto buchen und propagandistisch auswerten. Das Interesse der CDU/CSU steht dem natürlich entgegen und man weist dort darauf hin, daß, wenn die SPD seinerzeit nicht bereit gewesen sei, bei der Gründung des Wirtschaftsrats Mitverantwortung zu übernehmen, sie jetzt nicht erwarten könne, daß man jetzt die Hand dazu biete, daß sie sich den Erfolg zuschreiben könne.

Dr. Adenauer sagte, daß man in den Kreisen der CDU/CSU keineswegs gesonnen ist, dadurch, daß man den Posten des Direktors des Amtes für Wirtschaft einem Sozialisten überläßt, von der bisherigen prinzipiellen Stellungnahme gegen die sozialistischen Planungs- und Lenkungsgedanken abzurücken. Es schrecken die CDU/CSU von einer Koalitionsbildung mit den Sozialisten überhaupt die Erfahrungen ab, die mit einer solchen Koalition sowohl in Bayern wie auch in Nordrhein-Westfalen gemacht worden sind. –

Die Mitteilungen der englischen Regierung bzw. des englischen Rundfunks über die Aufindung einer geheimen Anweisung zur Unterminierung des Marshall-Plans wird dort bekannt sein. Man rechnet damit, daß die britische Regierung die Entfernung von Kommunisten aus einflußreichen Staatsstellungen verlangen wird. Man hält in deutschen politischen Kreisen u. U. auch ein Verbot der kommunistischen Partei in den beiden Zonen für möglich. Jedenfalls dürfte die Frage, ob die beiden kommunistischen Minister Paul und Renner noch länger der Landesregierung Nordrhein-Westfalen angehören können, bald akut werden. Die Möglichkeit einer Kabinettsumbildung liegt ziemlich nahe⁶⁴.

Die Nahrungsmittellage ist katastrophal, so sagte Dr. Adenauer im Verlaufe unserer Unterhaltung. Bei der Fülle der einander widersprechenden Erklärungen von englisch-amerikanischen und von deutschen Stellen läßt sich nicht klar erkennen, welches die Ursache der jetzigen Katastrophe ist. Das eine aber steht jedenfalls fest: selbst, wenn deutsche Stellen ein Verschulden treffen sollte, und wenn, falls sie nicht versagt hätten, die festgesetzte Kalorienzahl von 1 500 allgemein hätte gegeben werden können, bliebe bestehen, daß diese Kalorienzahl völlig ungenügend ist. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ist der deutschen Bevölkerung Demokratie gepredigt worden. Gleichzeitig ist ihr Lebensniveau immer stärker gesunken. Auf die Dauer ist das mehr als ein Durchschnittsmensch ertragen kann. Wenn die Westmächte den demokratischen Gedanken in Westdeutschland festigen oder viel besser gesagt: retten wollen, dann wird es nötig sein, daß in diesem Gebiet schon in allernächster Zeit eine erhebliche Verbesserung der Nahrungsmittellage über 1 500 Kalorien hinaus einsetzt. Das könnte aber allein England und Amerika erreichen und keine deutsche Stelle.

⁶⁴ Die Entlassung der beiden Minister erfolgte am 7.2. 1948. Adenauer erhoffte sich davon, daß es den CDU-Vertretern im Kabinett Arnold „in Zukunft möglich sein wird, dem Personalpolitik treibenden Minister der SPD größeren Widerstand zu leisten“. Vgl. sein Schreiben vom 10.2. 1948 an Johannes Schlüter (Rhöndorf), Briefe 1947–1949, S. 169.

Es ist im Interesse Europas dringend zu wünschen, meinte Dr. Adenauer, am Schlusse unserer Unterhaltung, daß die politische und wirtschaftliche Lage in den Westzonen endlich, fast drei Jahre nach dem Zusammenbruch, eine entscheidende Besserung erfährt. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

Dokument 8⁶⁵

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln, den 4. 2. 1948.

Hal vW/He-

Herr Minister,

Heute morgen hatte ich eine längere Unterredung mit Herrn Dr. Adenauer, Vorsitzender der CDU, der soeben von einem kurzen Aufenthalt in Luxemburg zurückkehrte, wohin er eine deutsche Abordnung als Beobachter an die Tagung der „Nouvelles Equipes Internationales“ begleitete⁶⁶. Herr Dr. Adenauer teilte mir über die allgemeine Lage folgendes mit:

Die krisenhaften Erscheinungen nehmen stark zu. Ihren sichtbarsten Ausdruck finden sie in den verschiedenen Arbeitsniederlegungen innerhalb der britischen Zone. Wenn auch mit Sicherheit anzunehmen ist, daß politische Gründe zu diesen Arbeitsniederlegungen eine wesentliche Rolle spielen, daß insbesondere die Kommunisten versuchen, durch Arbeitsniederlegungen das wirtschaftliche Leben in der britischen Zone zu schädigen, so ist doch davon auszugehen, daß der Boden für diese Arbeitsniederlegungen durch die außerordentlich schlechte Ernährung und das Stagnieren der Wirtschaft überhaupt vorbereitet ist. Bei den verschiedenen Verlautbarungen der Militärregierungen über den angeblichen Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in den beiden Zonen ist zu beachten, daß dabei ausgegangen wird von einer Erhöhung gegenüber dem Tiefstand des vergangenen Jahres. Im vergangenen Jahr war aber der Tiefstand so ungeheuerlich, daß auch schon eine geringfügige Besserung als ein großer Anstieg erscheint. Wenn man aber den Stand des heutigen wirtschaftlichen Lebens mit der Wirtschaft vor dem Kriege vergleicht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von irgendwelchem Aufschwung überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Die scharfen Vorwürfe englischer und amerikanischer Stellen gegen deutsche Stellen, sie hätten versagt in der Frage der Erfassung der Lebensmittel, sind ein Ablenkungsmanöver. Der Grundfehler war, daß von Seiten der alliierten Mächte die normale Kalorienmenge auf 1550 pro Tag festgesetzt wurde. Bei einer so niedrigen Kalorienmenge ist es unmöglich, irgendeine Zwangswirtschaft der Nahrungsmittel überhaupt durchzuführen. Wenn sich die Alliierten nicht endlich entschließen, eine erhebliche Erhöhung dieser Kalorien-

⁶⁵ Vgl. SBA, E 2300 Köln 12, 4 S.

⁶⁶ Gemeint war der zweite Kongreß der NEI vom 29. 1.–1. 2. 1948, deren deutsche Sektion Adenauer 1948 gründete. Zu Verlauf, Ergebnis und Bewertung der Konferenz durch Adenauer vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 446. Weitere Pressematerialien dazu in: StBKAH 07.23.

menge vorzunehmen, und zwar durch Importe insbesondere von Fett, so ist mit einer Besserung der Lage überhaupt nicht zu rechnen.

Der Plan der Kommunisten ist durchsichtig. Sie wollen die beiden Westzonen jetzt durch Streiks wirtschaftlich so zurückbringen, daß die Gegner des Marshall-Plans in USA selbst dadurch die triftigsten Argumente zur Ablehnung der ganzen Vorschläge bekommen.

Anscheinend sind Verhandlungen zwischen England und Amerika und Rußland andererseits über Deutschland im Gange. Ob es sich dabei auf russischer Seite nur um eine Verzögerung handelt oder ob ernstliche Absichten in Rußland vorhanden sind, zu einer Verständigung mit den anderen Mächten zu kommen, läßt sich noch nicht entscheiden. Auf alle Fälle ist auch dadurch wieder eine Verzögerung in der so dringend notwendigen Geldreform eingetreten und dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands ein neuer Schaden zugefügt.

Es sollte in diesen Tagen in Frankfurt a. M. von den beiden Militärregierungen, der amerikanischen und der englischen, das Statut über die Neuordnung der bizonalen wirtschaftlichen Verwaltung bekanntgegeben werden. Sowohl die CDU wie die SPD haben öffentlich erklärt, daß die Vorschläge der beiden Militärregierungen ihren Ansichten nicht entsprechen, und daß die etwa ergehende Verordnung auf der Gewalt der Besatzungsbehörden beruhe und nicht auf dem freien Willen der Bevölkerung⁶⁷. Inzwischen ist der Vertreter des Amtes für Wirtschaft, Dr. Semler, von den Militärregierungen seines Amtes enthoben worden, und zwar wegen der Rede, die er in Erlangen vor dem Landesausschuß der CSU gehalten hat. Es ist seitens der Militärregierung erklärt worden, daß die scharfen Äußerungen Dr. Semlers nicht für sie entscheidend gewesen wären, daß sie aber aus der ganzen Rede den Eindruck gewonnen haben, daß Dr. Semler nicht mit den Besatzungsbehörden zu-

⁶⁷ In diesem Zusammenhang geht Weiss in einem weiteren Bericht desselben Tages auf die Haltung der konservativen Oppositionspartei in Großbritannien ein: „Mitte voriger Woche weilte der Vorsitzende der konservativen Partei Englands, Harold Macmillan, in Köln, wo er unter anderm Besprechungen mit Dr. Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, und dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Pünder hatte. In Düsseldorf empfing er Gewerkschaftsführer und Kabinettsmitglieder. Konservative englische Abgeordnete sind bisher verhältnismäßig selten in Deutschland gewesen, aber jedesmal haben politisch unvoreingenommene deutsche Persönlichkeiten, die sich mit ihnen unterhielten, den Eindruck gewonnen, daß auf konservativer englischer Seite ein erheblich größeres Verständnis für die Lage vorhanden sei als bei der Labourpartei, die in ihren doktrinarischen Betrachtungen der Dinge den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.“ Bericht Weiss an das Politische Departement, 4.2. 1948, S. 3, in: SBA, E 2300 Köln 12. Ein weiterer Kontakt Adenauers mit führenden britischen Politikern fand im Sommer 1948 statt. Weiss am 20.7. 1948: „In den letzten Tagen wurden die Westzonen von hohen britischen Besuchern geradezu überschwemmt. Unter ihnen waren die prominentesten die Feldmarschälle Lord Montgomery und Lord Wavell, der Luftmarschall Lord Tedder und der Luftfahrtminister Arthur Henderson, dessen Bruder Lord Henderson, der Minister für Deutschland, und Anthony Eden, der in Frankfurt auch den Präsidenten der CDU in der britischen Zone, Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer, empfing. Bezeichnenderweise nahmen die Deutschen an keinem der vielen Besucher ein so großes Interesse wie an Eden, obwohl er kein öffentliches Amt bekleidet. Wo er sich zeigte, wurde er von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Sehr schlecht im öffentlichen Urteil hat Lord Henderson abgeschnitten, von dem alle, die mit ihm zusammen kamen, erklärten, daß man einen schlechten Tausch gemacht habe, da Lord Pakenham, obwohl er mehr versprochen als gehalten habe, doch ein größeres Format gewesen sei und ein ganz anderes Verständnis für Deutschland besitze. Immer wieder wurde Lord Henderson, der in Köln die Verwaltung und die Presse empfing, mit Eden verglichen, wobei Vergleiche zwischen Labour und Konservative gezogen wurden, die wenig schmeichelhaft für Labour ausfielen.“ SBA, E 2300 Köln 12, S. 4f.

sammenarbeiten wolle. Dr. Semler bereitete – gutem Vernehmen nach – eine Denkschrift vor, in der er den Wahrheitsbeweis für die von ihm in seiner Rede aufgestellten Behauptungen antreten will. Die CDU und CSU der beiden Zonen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung dagegen gewendet, daß der vom Wirtschaftsrat gewählte Direktor durch die Militärregierungen abgesetzt werde, ohne daß der Wirtschaftsrat vorher dazu habe Stellung nehmen können. Sie bezeichnen diese Handlungsweise als nicht vereinbar mit den Erklärungen der beiden Militärregierungen über die Gewährung größerer Freiheiten in wirtschaftlicher Beziehung an die Deutschen. Bezeichnend für die Zuspitzung der Parteiverhältnisse in Deutschland ist, daß die SPD, insbesondere deren Leiter, Dr. Schumacher, sich nicht auf diesen Standpunkt stellt, sondern scharfe Angriffe gegen Semler richtet.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, hat in Nordrhein-Westfalen die Amtsenthebung des Rektors der Universität Bonn, Prof. Dr. Konen, Aufsehen erregt⁶⁸. Der ganze Vorfall ist charakteristisch. Die Zeitungen mußten Auflagenachrichten der britischen Militärregierung über Verstöße des Rektors Konen gegen Anordnungen der britischen Militärregierung bringen, ohne daß es Konen gestattet war, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen. Es wurde sogar ein Redeverbot gegen ihn erlassen, das allerdings nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen wurde. Das Vorgehen der zuständigen Stellen der britischen Militärregierung gegen Konen hat naturgemäß zur Folge, daß in der Studentenschaft die Opposition gegen die Militärregierung wächst.

Über die bereits am Anfang des Berichtes erwähnte Tagung in Luxemburg teilte mir Herr Dr. Adenauer folgendes mit:

Die Aufnahme der Deutschen durch die Vertreter aller Länder, insgesamt waren 18 vertreten, war außerordentlich gut. Die deutsche Frage, die den alleinigen Gegenstand der Tagesordnung bildete, wurde sehr objektiv und im europäischen Sinne behandelt. Besonderen Dank zollte die deutsche Abordnung der schweizerischen Vertretung wegen ihrer europäischen, von wahrhaft staatsmännischer Größe zeugenden Stellungnahme. Diese „Nouvelles Equipes Internationales“ sollen jetzt weiter organisiert und ausgebaut werden und es ist wahrscheinlich, daß damit ein Gegenstück gegenüber der internationalen sozialistischen Organisation geschaffen wird, das große Bedeutung verdient. Von Interesse ist auch, daß auf dieser Tagung die kleineren Staaten, insbesondere die Beneluxstaaten sehr klar zum Ausdruck brachten, daß sie entscheidenden Wert auf selbständige Handelsbeziehungen zu Deutschland legten.

Die für Montag, den 2. Februar vorgesehene Verkündung des neuen Statuts für die Bizonale Wirtschaftsorganisation in Frankfurt/Main, ist auf unbestimmte Zeit im letzten Augenblick vertagt worden. Ein Termin für die Verkündung konnte noch nicht angegeben werden. Man kann annehmen, daß die Vertagung erfolgt ist im Hinblick auf die Verhandlungen mit Frankreich über den Beitritt der französischen Zone zu der Bizone. Man kann weiter annehmen, daß, wenn hierüber eine Einigung erfolgt, auch eine Änderung des Statuts in sachlicher Hinsicht erfolgen wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:
Weiss.

⁶⁸ Heinrich Konen war bereits im Dezember 1947 als nordrhein-westfälischer Kultusminister zurückgetreten und im Januar 1948 auf britischen Druck auch aus dem Bonner Rektorat ausgeschieden. Vgl. Adenauer, Briefe 1947–1949, S. 163, 540.

7. Februar 1949.

Hal – vW/Ba.

Herr Minister,

Im Begriffe, für einen kurzen Erholungsurlaub nach der Schweiz zu fahren, erhielt ich heute Mittag den Besuch des Herrn Dr. Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates in Bonn, der sich zum Mittagessen angesagt hatte und gleichzeitig von mir Abschied nehmen wollte. Nachstehend darf ich Ihnen schnell den Inhalt unserer angeregten Unterhaltung mitteilen.

Die Beratungen des Parlamentarischen Rates haben in den letzten acht Tagen einen sehr großen Fortschritt gemacht. Es ist zwischen allen Fraktionen, mit Ausnahme der KPD, über die wichtigsten Differenzpunkte eine Einigung erzielt worden. Dabei haben alle Fraktionen nachgeben müssen. Wie Herr Dr. Adenauer mit sagte, begrüßen auch die Ministerpräsidenten der Länder der drei Zonen außerordentlich diese Verständigung. Sie haben durch ihren Vorsitzenden⁷⁰ schon mitteilen lassen, daß sie irgendwelche Kritik nicht üben würden. Wenn auch die Verständigung im einzelnen noch nicht bekanntgegeben ist, so habe ich doch folgende Nachrichten erhalten:

Es ist in den Fraktionen der CDU/CSU und des Zentrums und der Deutschen Partei nicht gelungen, das Elternrecht in Bezug auf die Schule durchzusetzen. Seitens der Fuldaer Bischofskonferenz wird dagegen wohl ein entschiedener Protest zu erwarten sein, ebenso seitens der evangelischen Kirche. Auf dem viel umstrittenen Gebiete der Bundesfinanzen und der Länderfinanzen ist eine Einigung erzielt worden, die der offiziellen Note der drei Militärgouverneure über diese Fragen nicht in vollem Maße entspricht. Auch die Wünsche, die gerade Bayern nach dieser Richtung hin geäußert hatte, werden z.T. nicht erfüllt werden. Da man sich aber darüber klar war, daß die von allen erstrebte Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern erst nach Verlauf von mehreren Jahren vorgenommen werden kann, wenn feststeht, was die verschiedenen Steuern dauernd aufbringen können, und da man sich weiter darin einig war, daß eine bis ins Letzte durchgeführte getrennte Bundesfinanzverwaltung zu kostspielig ist und auch nicht mit genügend sachverständigen Beamten besetzt werden kann, hat man schließlich sich auf einem mittleren Wege zusammengefunden. Ob die Militärgouverneure die Genehmigung, die sie ja zu erteilen haben, verweigern werden, weil ihren Forderungen bezüglich der finanziellen Regelung nicht völlig entsprochen worden ist, bleibt abzuwarten. In Kreisen des Parlamentarischen Rates glaubt man, daß die Militärgouverneure bzw. die hinter ihnen stehenden Regierungen, wenn das Grundgesetz mit einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet wird, und wenn auch seitens der Ministerpräsidenten der Länder keine Einwendungen erhoben werden, ihre Bedenken zurückstellen und das Grundgesetz in der vereinbarten Fas-

⁶⁹ Vgl. SBA, E 2300 Köln 13, hier S. 1 f.

⁷⁰ Eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Karl Arnold, Peter Altmeier, Hinrich Wilhelm Kopf und Christian Stock mit Adenauer und Vertretern des Parlamentarischen Rats hatte am 4. 2. 1949 in Bonn stattgefunden; vgl. dazu den von Stock vor der am 11./12. 2. 1949 in Hamburg tagenden Ministerpräsidenten-Konferenz erstatteten Bericht, gedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 5: Januar–September 1949, München/Wien 1981, S. 189 f.

sung genehmigen werden. Man hofft in Bonn, jedenfalls das Grundgesetz im laufenden Monat Februar auch in 3. Lesung verabschieden zu können.

Die Frage des Sitzes des Bundes wird z. Zeit geprüft von einer dazu eingesetzten Kommission, die sich die Gebäude in Bonn angesehen hat und in der nächsten Woche Kassel, Frankfurt und Stuttgart besuchen wird. Die Aussichten sind für Bonn nach wie vor gut.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

Dokument 10⁷¹

Schweizerisches Konsulat
Köln

Köln-Marienburg, den 5. März 1949. Goethestraße 66

Hal vW/Ba.

Herr Minister,

Im Nachgang zu meinem Bericht vom 3. d. M. beehre ich mich, Ihnen nach einer Unterredung mit Herrn Dr. Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates, der Montag [7. März 1949] nach der Schweiz fährt, folgendes zu berichten.

Die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates sind nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Militärgouverneure haben einer Delegation des Parlamentarischen Rates, der auch Dr. Adenauer angehört, am 2. März mitgeteilt, welche Bedenken sie gegen die Fassung des Grundgesetzes, wie sie aus den Beratungen des Ausschusses hervorgegangen sind, haben. Der interfraktionell zusammengesetzte Ausschuss des Parlamentarischen Rates prüft nun, inwieweit den Bedenken der Gouverneure Rechnung getragen werden kann vor Beginn der zweiten Lesung im Plenum. Die Lösung dieser Frage ist deswegen von größter Bedeutung, weil nach zuverlässigen Nachrichten die Militärgouverneure nicht das Grundgesetz nicht in einzelnen Teilen genehmigen, sondern es entweder im ganzen genehmigen oder im ganzen ablehnen werden. Wenn sie es im ganzen ablehnen, ist damit der auf der Londoner Konferenz im Sommer des vergangenen Jahres gefaßte Beschluß über die Schaffung einer neuen politischen Organisation der drei Westzonen erledigt. Es ist ganz unsicher, wie sich in diesem Fall die Zukunft Westdeutschlands gestalten wird. Über die Bedeutung der Entscheidung dürften sich daher die Politiker wohl klar sein. Man darf hoffen, daß eine Verständigung zustande kommt, wenngleich nach zuverlässigen Berichten der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, Hannover, glaubt, vor zu weitgehendem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Militärgouverneure warnen zu müssen.

Die Frage, welche Stadt Sitz des zukünftigen Bundes wird, ist bei dieser Entwicklung der Dinge noch unentschieden. Herr Dr. Adenauer unterstrich aber mir gegenüber die Tatsache, daß alle sachlichen Gründe nach wie vor für Bonn sprechen. Der Artikel des Grundgesetzes über Berlin wird zwar von den Militärgouverneuren genehmigt, aber sein Wirksamwerden wird suspendiert werden.

⁷¹ Vgl. SBA, E 2300 Köln 13.

Der Vorsitzende der CDU der Ostzone, Nuschke, hat in diesen Tagen eine Reihe von CDU-Politikern der britischen Zone besucht. Er war u. a. in Kiel, Düsseldorf und Bonn. In Bonn hat er den Vorsitzenden der CDU und des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, aufgesucht. Die Mitteilung, die er über sein Gespräch mit Dr. Adenauer in der russisch-lizenzierten Presse hat erscheinen lassen, sind nach den mir gemachten Erklärungen Dr. Adenauers falsch. Offenbar hat Nuschke den Auftrag, in den Westzonen Stimmung zu machen für ein Zusammengehen mit der Ostzone. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, wie Herr Dr. Adenauer mit Nachdruck hervorhob, daß Nuschke nirgendwo in der Westzone Entgegenkommen gefunden hat.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul
Weiss.

Dokument 1172

Stempel

Schweizerisches Konsulat
Köln

12. Mai 1949.

Hal – vW/Ba.

Herr Minister,

Der Parlamentarische Rat in Bonn stimmte in der Nacht zum Mittwoch kurz vor Mitternacht [10. Mai 1949] für Bonn als vorläufigen Sitz der Bundesregierung. Das Ergebnis der Abstimmung war zwar sehr knapp, aber der Präsident des Rates, Dr. Konrad Adenauer, hatte sein Ziel, Bonn zur Bundeshauptstadt zu machen, erreicht. Schon in den frühen Nachmittagsstunden des Dienstags herrschte ein noch größerer Andrang von Zuhörern zu der Sitzung als am Sonntag, wo das Grundgesetz angenommen wurde, so daß der Ordnungsdienst der Polizei verstärkt werden mußte. Ich selbst hatte mich bereits am frühen Nachmittag nach Bonn begeben und konnte feststellen, daß bei allen Diskussionsgruppen im Foyer und den Gängen der Pädagogischen Akademie die Chancen der beiden Städte Frankfurt und Bonn mit verschiedenen Additionsmöglichkeiten der Stimmen erwogen wurden. Über allen Rechenexempeln stand die Eventualität der Stimmengleichheit. Die Sitzung wurde immer wieder verschoben und begann schließlich um 18 Uhr 30. Zu Beginn beantragte der Abgeordnete Dr. Greve für die sozialdemokratische Fraktion, daß die Abstimmung über den vorläufigen Bundessitz in geheimer Wahl statfinde. Damit solle erreicht werden, daß keiner der Abgeordneten Rücksicht zu nehmen brauche auf ein Land, einen Wohn- und Arbeitsort oder auf andere Einflüsse. Der kommunistische Abgeordnete sprach sich gegen den Antrag aus und hob dabei hervor, daß alle anderen Beschlüsse des Parlamentarischen Rates öffentlich gefaßt worden seien. Aber nur wenige Stimmen unterstützten den Antrag Reimanns. Eine halbe Stunde später, als eine Pause eingelegt wurde, sprach ich persönlich mit dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer. Er erklärte mir, daß er die Wahl Bonns nunmehr als gesichert ansehe und gab mir Einzelheiten über die Besprechung bekannt, die er mit dem britischen Außen-

⁷² Vgl. SBA, E 2300 Köln 13, hier S. 1 ff.

minister Bevin am Tage vorher in Melle gehabt hatte⁷³. Bevin hatte ihm (Adenauer) ausdrücklich erklärt, daß er bei den bevorstehenden Besprechungen in Paris⁷⁴ im Namen Englands keiner Maßnahme zustimmen würde, die die Freiheit oder die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung in Deutschland einschränken könnte. Denn die Grenze der Zusammenarbeit mit anderen Nationen müsse dort liegen, wo diese versuchten, ihr Regierungssystem der Umwelt aufzuzwingen. Die übereinstimmende Auffassung der demokratischen Staaten, so habe Bevin ihm weiter gesagt, sei die, daß die Menschheit sich zu keiner wirklichen Höhe erheben könne, wenn nicht geistige Freiheit herrsche, von der der Einzelne nach seiner Vernunft ohne Unterdrückung und ohne Furcht Gebrauch machen dürfe. Diese Voraussetzung auch für die Entwicklung Deutschlands würden die Vereinigten Staaten zusammen mit Großbritannien und Frankreich sichern. Auf diese Weise könne sich dann erfüllen, was er (Bevin) als das Ergebnis seiner politischen Arbeit zu erleben wünsche: Freundschaft und Vertrauen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, mit dem Ziel einer friedlichen Zusammenarbeit zum Wohle aller.

[...]

Seit Monaten habe ich in meinen Berichten betont, daß die größte Wahrscheinlichkeit für die Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt bestehe. Ich stützte mich dabei auf die Informationen, die ich von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, besonders aber von dem mir eng befreundeten Präsidenten Dr. Adenauer erhielt. Für ihn bedeutet die Wahl einen persönlichen Triumph. Als früherem Oberbürgermeister von Köln liegt ihm nach wie vor das Schicksal dieser im Kriege so hart getroffenen Stadt am Herzen, und seiner Initiative und seiner Tatkraft ist es zu verdanken, daß sich eine Mehrheit für Bonn gefunden hat. Da die Stadt Bonn schon seit Monaten alle Vorbereitungen getroffen hat, um die äußeren Bedingungen für einen würdigen Rahmen des Bundesparlaments zu schaffen, kann man annehmen, daß das Provisorium Jahre dauern wird, und daß nach dem Gesetz der Trägheit schließlich Bonn noch endgültig Regierungssitz der Bundesrepublik wird.

[...]

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul

⁷³ Adenauer traf Bevin am 9. 5. 1949; vgl. dazu den Bericht Adenauers am 10. 5. 1949 vor der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats, gedruckt in: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat, Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingel. und bearb. von Rainer Salzmänn, Stuttgart 1981, S. 561.

⁷⁴ Vier-Mächte-Konferenz der Außenminister vom 23. 5.–20. 6. 1949.